

Editorial

Liebe lesende Menschen!

zunächst einmal müssen wir an dieser Stelle etwas nachholen: Wir bedanken uns hiermit ganz herzlich für das grandiose Wahlergebnis! Das beste StuPa-Ergebnis seit über zwei Jahrzehnten, die absolute Mehrheit an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät mit der Rot-Grünen Liste und viele weitere positive Zahlen lassen uns erkennen, dass unsere Taten eure Anerkennung genießen.

Nun hat sich der Allgemeine Studierendenausschuss (ASTa) unter Beteiligung der Juso-HSG neu konstituiert, und wir freuen uns darauf, eure Interessen vertreten zu dürfen. Es ist aber festzustellen, dass noch viele weitere Altlasten aus den vergangenen Jahren aufzuarbeiten sind. Doch Inhalte werden trotzdem nicht zu kurz kommen. Die drei neu geschaffenen Referate (Gender; Ökologie und Nachhaltigkeit; Demokratie, Politische Bildung und Kritische Wissenschaften) beginnen ihre Arbeit, im Bereich der Kultur konnten mit einer ersten Feier im Alt-Vertigo Grundsteine gelegt werden und auch die anderen Referate haben einen tatkräftigen Start hingelegt. In diesem Sinne freuen wir uns auf eure Anregungen, um die studentische Vertretung an der Uni weiter zu verbessern und in eurem Sinne zu gestalten!

Eure Juso-Hochschulgruppe

Frühlingsputz im ASTa

...bringt politisches Mandat auf Hochglanz!



Um 3 Uhr morgens war es geschafft. Nach einer insgesamt 27-stündigen Sitzung hatte das Studierendenparlament (StuPa) am 15. März in seiner konstituierenden Sitzung einen neuen ASTa gewählt – und das erstmals seit zehn Jahren ohne Beteiligung der ADF. Bei der letzten Wahl, die unter dem Eindruck des ASTa-Finanzskandals erfolgte, hatten die Studierenden den linken Gruppen im Parlament eine Mehrheit verschafft. Erstmals seit langer Zeit konnte die Juso-Hochschulgruppe dabei ein zweistelliges Ergebnis verbuchen und ist jetzt mit zehn Sitzen im StuPa vertreten. Gemeinsam mit Schwarz-Rot-Kollabs, der Grünen Hochschulgruppe und dem Basisdemokratischen Bündnis stellt sie jetzt einen ASTa, der es

sich zum Ziel gemacht hat, die politische Vertretung der Studierenden wieder verstärkt wahrzunehmen. Anstelle eines nur auf Serviceleistungen ausgerichteten ASTa soll endlich das politische Mandat der Studierendenvertretung wieder in den Mittelpunkt rücken. Hiermit wird einer der seit Jahren zentralen Forderungen der Juso-HSG entsprochen und in diesem Zusammenhang ist auch die Schaffung des neuen Referats für Demokratie, politische Bildung und kritische Wissenschaft zu sehen (siehe hierzu Artikel auf Seite 3).

Eins indes wurde schnell nach der Wahl der neuen ReferentInnen

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

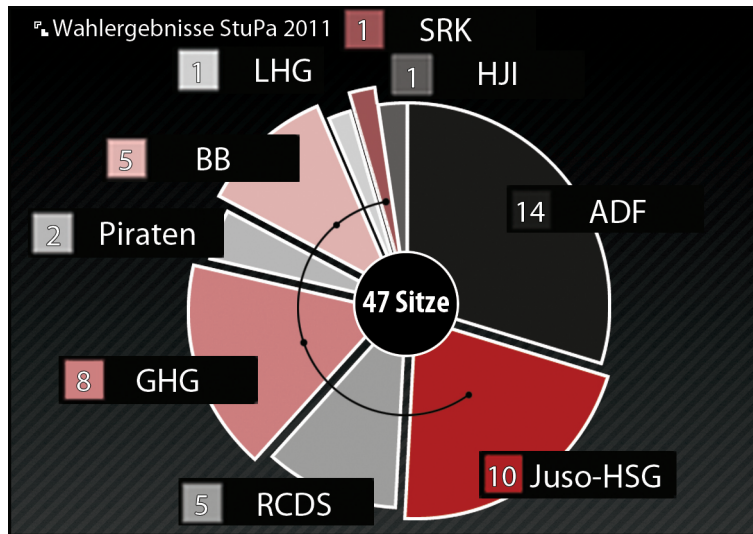
klar: Es gibt viel zu tun. Neben jahre-alten, nicht abgehefteten Akten, kistenweise abgelaufenen Getränken und unbezahlten Rechnungen fanden die neuen AstA-Mitglieder bei der Übernahme auch jede Menge Schulden vor. Insgesamt mehr als 80.000 Euro hatten ADF und RCDS in der Legislatur 2010/2011 mehr ausgegeben, als eingenommen. Zu den auf diversen Partys verschwundenen ca. 25.000 Euro, gesellten sich ca. 30.000 Euro Verlust beim Betreiben des Vertigos und weitere hohe Ausgaben von zweifelhaftem Nutzen. So weisen etwa die Personalkostenabrechnungen über hundert Personen aus, die im vergangenen Jahr beim AstA angestellt waren und für Aufgaben, wie das Verteilen von Flyern, Geld kassierten.

■ Beitragserhöhung konnte abgewendet werden

Zeitweilig sah es so aus, dass kaum noch Geld für Projekte übrig bliebe und der neue AstA stattdessen den von ADF und RCDS geschaffenen Mangel verwalten müsste. Vor allem die neu eingerichteten Referate wurden von ADF und RCDS heftig kritisiert. Sie sehen anscheinend bis heute keinen Sinn in diesen wichtigen Themengebieten. Auch die Personalkosten für die Referate würden hinterfragt – erinnert man sich an die über 100 ProjektarbeiterInnen aus dem vergangenen Jahr, so konnten die Ausgaben für im AstA arbeitende Menschen sogar reduziert werden.

Nicht zuletzt der unermüdlichen Arbeit des neuen Finanzreferenten Robert Witt-Schäfer (Juso-HSG), der mehrere Nächte im AstA-Gebäude durchmachte, um einen Überblick über die desolote Finanzlage zu bekommen, ist es zu danken, dass jetzt überhaupt ein tragbarer Haushalt auf die Beine gestellt werden konnte, der zudem ohne Beitragserhöhungen auskommt. Erschwert wurden ihm und allen weiteren ReferentInnen die Ar-

beit dadurch, dass der alte AstA nach Verkündung der Wahlergebnisse im



Januar die Arbeit anscheinend eingestellt hatte. Obwohl formal noch im Amt, beschränkte sich die Tätigkeit im Februar weitestgehend auf das Abkassieren der Aufwandsentschädigung von 700 Euro.

■ Sozialberatung am Zentral- und am Nordcampus


Besonders entsetzt von den Zuständen zeigte sich auch der neue Sozialreferent Kay Bents (Juso-HSG). Sein Vorgänger habe ihm Chaos, fehlende Unterlagen und Dreck hinterlassen, was das Einarbeiten sichtlich erschwerte. Trotzdem hat auch hier die Arbeit bereits begonnen, die Sozialberatung im AstA-Gebäude findet bereits statt und auch in der Nordmensa gibt es Sozialberatung von zwei SachbearbeiterInnen. Gemeinsam mit weiteren Mitgliedern der Juso-HSG ist auch eine Neufassung der LeMSHO-Ordnung entstanden, die in Zukunft mehr Studierenden, insbesondere Familien, die Rückerstattung der Kosten für das Semesterticket ermöglicht (siehe Seite 3).

Neben den drei bereits erwähnten Referaten stellt die Juso-HSG zudem mit Elena Ségalen die Vorsitzende des neuen AstA. Sie wolle die Studierenden nicht nur verwalten, wie dies in den letzten Jahren der Fall war, sondern sie aktiv zur Mitarbeit bewegen, ließ sie in einer ersten Stellungnahme erkennen. Jedoch sollte trotz der Besetzung der Referate eines nicht

vergessen werden: der neue AstA hat den Anspruch, basisdemokratisch zu arbeiten. Somit arbeitet jedes Referat immer mit Rückkopplung an den AstA und die ihn stellenden Gruppen. Hierdurch erhoffen wir uns mehr Mitbestimmung und Transparenz. Dies stiftete bereits einige Verwirrung in den Reihen von ADF und RCDS, als KandidatInnen bei der Befragung im Studierendenparlament keine Vorhaben nannten, die noch nicht mit anderen Mitgliedern des AstA abgesprochen waren, sondern auf den Diskussionsprozess innerhalb der Koalition verwiesen. Dass wichtige Entscheidungen erst einmal diskutiert, anstatt von Einzelpersonen nach Belieben durchgesetzt werden, konnte man hier bislang offensichtlich nicht.

■ Neuer AstA hochmotiviert

Trotz der Aufräumarbeiten, die sich wohl noch einige Zeit hinziehen werden, hat der AstA bereits mit seiner praktischen Arbeit begonnen und dabei in den ersten Wochen teilweise schon mehr geleistet, als sein Vorgänger im vergangenen Jahr. Auf diesem Weg wünscht die Juso-HSG den ReferentInnen für die kommenden Aufgaben gutes Gelingen!



JUSO
HOCHSCHULGRUPPE
GÖTTINGEN

Du interessierst dich für Hochschulpolitik und möchtest dich einmischen?

Komm zu unseren **Informationsabenden** am **14.04.** und **28.04.2011** um 20h c.t. im Rosa-Luxemburg-Haus (AstA-Gebäude, Goßlerstr. 16a)

DemPolBilKriWi – bitte was?

Das Referat „Demokratie, politische Bildung und kritische Wissenschaften“ stellt sich vor

Nach der Konstituierung des AStA zeigt dieser mit drei zusätzlich eingerichteten Referaten bereits, dass er sich als basisdemokratisch orientierte Vertretung der Studierendenschaft versteht. Neben dem „Gender-Referat“ und dem „Referat für Ökologie und Nachhaltigkeit“ gehört auch das von der Juso-HSG geforderte und besetzte „Referat für Demokratie, Politische Bildung, und Kritische Wissenschaften“ zu der Neuausrichtung des AStA. In diesem Referat wird der AStA sein politisches Mandat wahrnehmen, denn neben Servicearbeit ist es die Aufgabe des AStA, die politische Bildung von allen Studierenden zu fördern.

■ Politisches Mandat stärken!

Auch im Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) ist darauf hingewiesen, dass die Studierendenvertretung ein politisches Mandat wahrzunehmen hat. Auch ohne NHG nehmen viele andere ASten bundesweit diesen Paragraphen ausgestattet mit einem solchen Referat ernst. In Göttingen ist dieses Thema in den letzten Jahren allerdings leider zu kurz gekommen. Daher liegt der Anspruch in diesem Referat darin, zu informieren und aufzuklären, nicht aber zu bekehren. Angestrebt wird ideologiefrei für und mit Studierenden zusammenzuarbeiten, um allgemein-politische Themen aufzubereiten und diese durch Veranstaltungen und Broschüren für die Hochschulöffentlichkeit publik zu machen. Dieser Bereich soll nun durch das neu eingerichtete Referat wieder aufgefrischt werden, um das (politische) Bildungsangebot der Universität zu erweitern und Politik wieder auf den Campus zu bringen. Zusammen mit dem Hochschulpolitik-Referat wird es ein Thema sein, die Entscheidungsprozesse an der Universität durchsichtig zu machen. Es kann nämlich nicht sein, dass Entscheidungen über Studierendenbelange, wie beispielsweise Prüfungsmodalitäten

und Studiengebühren, undurchschaubar hinter verschlossenen Türen getroffen werden. Ist das Demokratie?

Darüberhinaus möchte sich das Team des Referates dafür einsetzen, dass in Göttingen nur zu friedlichen Zwecken geforscht wird und daher eine Zivilklausel an der Uni durchsetzen. Es soll darauf aufmerksam gemacht werden, dass an vielen anderen Orten der Welt Menschen nicht dieselben Rechte auf Bildung haben wie man es von hier gewohnt ist. Und es ist auch an allen, sich zu solidarisieren und den Fokus darauf zu lenken. Aber auch hier vor Ort gibt es Ungerechtigkeiten, die aus politischen Gründen heraus entstehen, zum Beispiel dass Studierenden in AsylbewerberInnen-Familien die Rechte auf eine solche Bildung verwehrt werden.

■ Kritischen Diskurs fördern!

Das Referat plant außerdem Veranstaltungen wie das „festival contre le racisme“ im Juni eine Woche lang mit Inhalten zu füllen. Geplant sind Veranstaltungen, die nicht nur die ohnehin in der universitären und medialen Öffentlichkeit (bisweilen über-) repräsentierten Themen wiedergeben. Deshalb ist auch der Schwerpunkt der kritischen Wissenschaften in diesem Referat mit enthalten. Die Arbeit des Referates soll nicht die fehlenden Vorlesungsinhalte auffangen, sondern zum kritischen Hin-

terfragen und Diskutieren dieser Inhalte anregen. Dadurch soll es zu einer Nähe an der Gesellschaft beitragen. Die Universität kann und darf nämlich nicht abgetrennt von anderen gesellschaftlichen Bereichen gesehen werden, sie ist vielmehr Teil der Gesellschaft und Kern gesellschaftlichen Fortschritts.

■ Mischt euch alle ein!

Ziel des Referates ist es also, eine kritische Bildungsarbeit emanzipatorisch zu gestalten und zusammen mit allen interessierten Studierenden Themen allgemein-politischer Relevanz und der kritischen Wissenschaft fächer- und fakultätsübergreifend aufzuarbeiten. Das Referat soll daher ein Teil basisdemokratischer, partizipativer Strukturen und eine Plattform für eure inhaltlichen Anregungen, eure Kritik und euer Engagement bilden. Alle Studierenden sind deshalb aufgefordert, sich direkt einzubringen. Ihr könnt das Team des Referates für Demokratie, politische Bildung und kritische Wissenschaften per E-Mail kontaktieren oder via WikiSpaces eure Anregungen mitteilen! Demokratie bedeutet diese gemeinsam zu leben und zu gestalten!

Kontakt: politische-bildung@asta.uni-goettingen.de

Oder im Wiki unter <http://dempolbilkritwi.wikispaces.com>

Was ist eigentlich... die LeMSHO?

Die LeMSHO ist die Ordnung über Leistungen zur Milderung durch das Semesterticket verursachter finanzieller Härten. In ihr wird geregelt, wer dazu berechtigt ist, die Kosten für das Semesterticket rückerstattet zu bekommen. Soziale Härtefälle und insbesondere Studierende mit Kind sowie Schwerbehinderte können einen Antrag im Sozialreferat einreichen. Dieses leitet ihn dann an die LeMSHO-Kommission weiter, in der dann über den Antrag beschlossen wird. So könnt ihr pro Semester zurzeit fast 80 Euro sparen – Geld, das euch für andere Dinge zur Verfügung steht.

Weitere Fragen? Das Sozialreferat wird die aktuellen Bemessungsgrenzen auf der AStA-Homepage veröffentlichen. Außerdem könnt ihr euch jederzeit an den Sozialreferenten oder seine SozialberaterInnen wenden.

Das Geld ist doch nicht meins Oder: Beahlt wird später

Am 7. März war es soweit: Amtsantritt im Finanzbüro, einem nach dem letzten Skandal eher unbeliebten Platz im AStA. Empfangen wurde unser Finanzreferent von einigen großen Stapeln Papier in der Ablage und im Finanzfach. Sogleich machte er sich an die Arbeit, um gemeinsam mit anderen AStA-Mitgliedern eine neue Finanzordnung zu erarbeiten, die möglichst die Autonomie der Fachschaften stärken und natürlich einen transparenten und verantwortlichen Umgang mit den Finanzen gewährleisten sollte. So orientierte sich unser Referent zunächst an dem vom Uni-Präsidium vorgefertigten Entwurf vom 20. Februar indem bereits einige wichtige Grundsteine zur Verbesserung mit dem Umgang der finanziellen Mittel der Studierendenschaft gelegt wurden.

■ Neue Finanzordnung an ADF und RCDS gescheitert

Dieser Entwurf trat dann, nachdem sich die AStA-Koalition mit der ADF und dem RCDS nicht einigen konnte, am 16. März in Kraft. Zuvor waren die Verhandlungen daran gescheitert, dass die ADF und der RCDS den Fachschaften nicht so viel Autonomie wie die AStA-Koalition zubilligen wollte und gleichzeitig darauf drängte, dass Unternehmensgründungen nur der absoluten Mehrheit und nicht der 2/3 Mehrheit im StuPa, wie es der AStA-Koalition vorschwebte, bedürfen sollten. Zwei unserer Auffassung nach äußerst wichtige Sachen, denn eine Kontinuität in einem Unternehmen mit studentischer Beteiligung kann nur gegeben sein, wenn diesem Unternehmen auch Oppositionskräfte positiv gegenüber stehen. Wobei natürlich zu erwähnen sein sollte, dass es überhaupt fragwürdig ist, wenn ASten Unternehmen gründen. Die Forderung nach mehr Autonomie für Fachschaften und Fachgruppen basiert auf einem von der Fachschaftsräteversammlung gestellten Antrag zur Stärkung jener. So sind in der Finanz-

ordnung (FinO) bestimmte Wertgrenzen zur Kontrolle durch den Finanzreferenten vorgesehen, die wir höher ansetzen würden, um somit den Fachschaften und Fachgruppen mehr Verantwortung für ihre Finanzmittel zu zubilligen. Einige wichtige Grundsteine zur Verbesserung im Umgang mit den Finanzen sollen im Folgenden kurz genannt und erläutert werden.

■ Willkürliche Haushaltsaufstellung?

So heißt es in § 9 der neuen FinO, das die Haushaltsführung so zu gestalten sei, dass die Grundsätze von Klarheit und Wahrheit jederzeit gewährleistet sind. In der Vergangenheit hatte es vermehrt Unklarheiten in Zusammenhang mit dem Haushaltsplan gegeben. Dies musste etwa die Lehramtsstudierendenvertretung (LSV) gegen Ende des Haushaltsjahres feststellen, weil der AStA ihnen 2500€ zugesichert hatte, obwohl nur 2000€ im eigenen Haushaltsplan vorgesehen waren. Auch wurden zahlreiche Erläuterungen zu dem Haushaltsplan einfach ausgespart, sodass der Eindruck von völliger Willkür bei der Vergabe von Finanzmitteln entstand. Anstelle von sachlichen Begründungen für niedrigere Ausgaben bei vielen Sachkonten, wurde einfach der Vermerk „sparsame Haushaltsführung“ eingefügt, um so das Trugbild einer wirtschaftlichen Planung entstehen zu lassen.

■ Offene Rechnungen in Höhe von 15.000 Euro

In Wirklichkeit hatte der Finanzskandal ein großes Loch in den Haushalt gerissen, denn der AStA hatte nicht nur die ca. 300.000€ aus dem Semesterbeitrag 2010 von den Studierenden ausgegeben, sondern zusätzlich noch eine Summe von etwa 75.000€ aus dem Vortrag des Vorjahres. Hatte der AStA 2009 dem AStA 2010 noch etwa 135.000€ zusätzlich überlassen, so bleiben dem AStA 2011

lediglich 65.000€ übrig, wovon noch mindestens weitere 15.000€ an offenen, unbezahlten Rechnungen von 2008 und 2009 für Miete, Neben- und Reinigungskosten des Vertigos bezahlt werden müssen. Von Klarheit und Wahrheit im letzten Haushaltsplan also somit keine Spur. Unser neuer Finanzreferent wird einen detaillierten und nachvollziehbaren Haushaltsplan veröffentlichen, um einem solchen Missstand von vorneherein entgegenzuwirken.

■ Selbstbedienungsladen AStA? Nicht mit uns!

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Finanzordnung ist § 18, Nach dem es der Zustimmung des Studierendenparlaments bedarf, wenn eine Person eine Doppeltätigkeit innerhalb der studentischen Selbstverwaltung einnimmt. Dieser Bestandteil ist deshalb so wichtig, weil der AStA in den vergangenen Jahren unter ADF-Schirmherrschaft immer wieder von einigen ADF-Mitgliedern als Möglichkeit, das eigene Studium zu finanzieren missbraucht wurde, ohne dass die Studierendenschaft hiervon etwas mitbekommen konnte. Der neue AStA hat bereits beschlossen neben SachbearbeiterInnen und ReferentInnen in höchsten Maßen auf ehrenamtliches Engagement zurück zu greifen. Vorbei wird es sein mit einem AStA als Selbstbedienungsladen.

Auch die Reisekostenverordnung tritt mit der neuen FinO außer Kraft. So war es in den vergangenen Jahren noch möglich, in Hotels zu übernachten, während nun eine jugendherbergsähnliche Unterkunft bei Reisen verpflichtend ist. Beim ersten auswärtigen Besuch des neuen Göttinger AStA in Frankfurt kamen sogleich auch erste ungläubige Nachfragen auf, als die neue Außenreferentin versicherte, wie alle anderen, in der Turnhalle schlafen zu wollen und nicht wie sonst die Mitglieder der ADF in Hotels. Ein weiterer wichtiger Be-

standteil der neuen FinO ist, dass bei jeder Veranstaltung im Voraus eine Prüfliste nach Vorgabe zu erstellen ist. Dies ist das Resultat aus der vorangegangenen Misswirtschaft und den hiermit verbundenen groben Planungsfehlern durch ADF und RCDS bei der WM, denn eigentlich war die Uni-Leitung nur aufgrund des Skandals überhaupt auf die Idee gekommen, eine neue Finanzordnung zu erlassen. Idealerweise wäre es besser gewesen, wenn nur Veranstaltungen ab einem Ausgabenwert von 500 € von dieser gründlichen Planung betroffen gewesen wären, denn hierunter leiden werden die Fachgruppen und Fachschaften, die bei jedem kleinen Vortrag eine Planung anfertigen müssen. Auch hier besteht, wie in vielen Punkten, Handlungsbedarf.



Impressum



JUSO
HOCHSCHULGRUPPE
GÖTTINGEN

Auflage: 1000
Druck: Pachnicke Druck Göttingen, gedruckt auf Recyclingpapier

V. i. S. d. P.: Tobias Fritzsche

Kontakt:
Juso-Hochschulgruppe
c/o SPD-Stadtverband Göttingen
Nikolaistraße 30
37073 Göttingen

kontakt@linke-kraft.de
www.linke-kraft.de

Revolte auf dem Hühnerhof Unsere huhnoristische Kolumne

Nachdem Bauer Fiktura den Hof an die Schneeleopardenliebhaberin Siegel abgegeben hatte, scheint nichts mehr so wie vorher. Die 1994 gegründete reaktionäre „Allianz Demokratischer Ferkel“ mit dem Ziel der Zerschlagung und Zerstörung jeglicher progressiver Hühnerorganisationen, musste nach einem Jahrzehnt Schreckensherrschaft über den Hof, die Siegel streichen. Die Schweine hatten sich ihre Futtertröge zu voll gefüllt und durch die entstandene Undurchschaubarkeit ihrer eigenen Strukturen einen infamen Skandal herbeigeführt. Fast schon hatten die progressiven Hühnerorganisationen nicht mehr an einen Sieg über die Ferkel geglaubt, doch als Henriette und Heinz-Rüdiger im größten aller Ställe Platz nahmen, trauten sie ihren Augen kaum. Sieg auf ganzer Linie und die Ferkel am Boden.

Einige Hühner waren nicht mal zur Ergebnisverkündung der Hofwahlen gekommen, sondern hatten sich stattdessen lieber mit Fahnen und Transparenten an die Eingangspforte begeben. Als auch sie die befreiende Kunde des Machtverlustes der Ferkel erreichte, brach Freude aus, obwohl hier kaum Anlass zu bestand, da Huhn

sich versammelt hatte, um gegen das ernste Thema „Bullengewalt und Repression“ zu demonstrieren. Immer wieder war es in den vergangenen Wochen vor dem Hof zu gewalttätigen Übergriffen auf Hühner gekommen und in der Presse wurde bereits über spanische Verhältnisse sinniert.

Nachdem die Hühner ihren Sieg über die Ferkel angemessen gefeiert hatten und das Formalspektakel der konstituierenden Hühnerversammlung eine Koalition aus grünen, roten, schwarzen und buntbemalten Hühnern hervorgebracht hatte, begannen sie emsig ihre Arbeit aufzunehmen. Die Hinterlassenschaften der Ferkel glichen einem Saustall sondergleichen. Überall in den Ecken offene Rechnungen, Staub und Wollmäuse. Auch Eier mit der Aufschrift „ADF“ mussten auf ihre BesitzerIn geprüft werden. Hatten die Hühner bisher nur über spekulative Aussagen den Ferkeln Misswirtschaft und grobe Fahrlässigkeit im Umgang mit den Eiern vorgeworfen, so mussten sie nun feststellen, dass die Vorwürfe viel zu gering angesetzt gewesen waren. Die Schweine hatten nicht nur katastrophal gewirtschaftet sondern auch ihre eigenen Nachkommen in nicht auszu-

denkender Art und Weise mit Eiern der gesamten Hühnerschaft versorgt. Auch eigene Rechnungen hatten sie gekonnt nicht bezahlt oder einfach „liegengelassen“. Über hundert Tiere hatten von den Ferkeln Eier bekommen, größtenteils für Arbeiten, die zu den eigenen Aufgaben gehörten.

Gleich in den ersten Wochen begannen die Hühner, die durch katastrophale Planungsfehler verlorengegangene Eier, durch Fleiß und Tatendrang wieder zurückzugewinnen. So wurden bereits erste Verhandlungsgespräche mit Bäuerin Siegels Schneeleoparden Mü, Lü und Ho geführt, um einige Rechnungen erlassen zu bekommen.

Auch einen düsteren, schmutzigen Stall zum Feiern von Partys mit dem Namen „Fertigklo“ hatten die Ferkel den Hühnern hinterlassen. Überall im „Fertigklo“ und in den verlassenen Ställen fanden die Hühner abgestandene Trinkreste, die sie kurz vor dem Verfall mit einem „Tanz in den Verfall“ Event noch schnell unter ihre Artgenossen brachten, um der verschwenderischen Handhabung der vergangenen Ferkeljahre entgegenzuwirken.

Veranstaltungen

- 2. April—8. Mai: „Dritte Welt im zweiten Weltkrieg“, Ausstellung in der alten Mensa am Willhelmsplatz
- 25. April: „25 Jahre Tschernobyl—AKWs endlich abschalten“ Kundgebung in Grohnde
- 1. Mai: „Keinen Meter! Antifaschistischer 1.Mai 2011 in Bremen! Naziaufmarsch verhindern!“
- 10. Mai: 3. ordentliche Stupsitzung
- 4. Juni: Naziaufmarsch in Braunschweig verhindern!
- 6. Juni: 4. ordentliche Stupsitzung
- 10./11. Juni: Antifée
- 18. Juni: Demonstration gegen den Burschentag in Eisenach

Studentische Krankenversicherungsbeiträge sind gestiegen

Die Versicherungsbeiträge, die alle gesetzlich versicherten studierenden Menschen ab dem 25. Lebensjahr zahlen müssen, sind zum 1. April 2011 gestiegen. Seitdem werden monatlich 77,60 Euro für Krankenkasse und Pflegeversicherung fällig, das sind 13,24 Euro mehr als noch im Herbst 2010. Obendrauf kommen dann gegebenenfalls noch die von einigen Krankenkassen erhobenen Zusatzgebühren in einer Höhe von etwa 8 Euro im Monat.

Die Gründe für die Beitragssteigerung liegen zum einen in der BAFöG-Novelle. Durch die BAFöG-Erhöhung und die Pauschalisierung des Mietzuschusses hat sich die Bemessungsgrundlage für die Versicherungsbeiträge von 512 auf 597 Euro erhöht. Ein weiterer Grund ist die katastrophale Gesundheitspolitik von Union und

FDP. In deren Rahmen wurden die Krankenversicherungsbeiträge Anfang des Jahres von 14,9 auf 15,5 Prozent erhöht und dazu die Deckelung der Zusatzbeiträge aufgehoben.

Der Effekt ist, dass von der letzten BAFöG-Erhöhung für viele fast nichts übrig bleibt, da das Geld direkt in die erhöhten Versicherungsbeiträge fließt. Für alle nicht BAFöG-Berechtigten sieht die finanzielle Lage ebenfalls schlechter aus. Es ist unverständlich, warum gerade Studierende als Gruppe mit generell eher geringen finanziellen Mitteln vermehrt belastet werden. Dies zeigt wieder einmal ganz deutlich, wie unsolidarisch die Bildungs- und Gesundheitspolitik der gegenwärtigen Regierung ist.

Das Studentenwerk

Wie es den Bezug zu den Studierenden verliert

Der Großteil der Studierenden kommt regelmäßig mit dem Studentenwerk in Kontakt - durch das Mensa-Essen, das BAFöG-Amt, Studierenden-Wohnheime, die Kinderbetreuung und das Kultur- und Freizeitangebot. Für viele sind die niedrigen Preise für Essen und Wohnen sowie Finanzierungshilfen wie die Buchbeihilfe und der Härtefallfonds für Studiengebühren entscheidend dafür, dass ihr Studium finanzierbar ist. Deshalb ist es wichtig, dass das Studentenwerk für alle Studierende zu finanzierende Angebote bereithält und allen Studierenden den Zugang zu diesen Angeboten gewährt. Momentan ist dies jedoch nicht der Fall.

■ Preiserhöhungen beim Essen und bei der Miete

Kürzlich wurden Preissteigerungen beim Mensa-Essen sowie Mieterhöhungen für viele Wohnungen des Studentenwerks beschlossen. Fast alle Preise der Mensagerichte wurden zum

1. März um bis zu 15 Cent erhöht. Unverständlich ist, auf welcher Grundlage die „Süße Versuchung“ die prozentual größte Preissteigerung erfuhr, während bei Fleischgerichten, deren Zutaten in der Regel weitaus teurer sind, vergleichsweise niedrige Preissteigerungen durchgeführt wurden. Und ausgerechnet im Familienwohnheim „Albrecht-Thaer-Weg“, in dem Studierende mit Kind sowie Menschen mit Behinderungen leben, wurden die Mieten mit einem Mal um 65 Euro erhöht.

■ Keine Fortschritte im Umgang mit der Here-To-Stay-Kampagne

Auch gibt es bisher kein Verhandlungsergebnis zwischen dem Studentenwerk und der Here-To-Stay-Kampagne. Die in betroffenen selbstverwalteten Wohnräumen lebenden Menschen kämpfen seit 2007 für den Erhalt ihrer Autonomie und einen an-

gemessenen Mietpreis. Das Studentenwerk hat jetzt den Dialog mit den Studierenden abgebrochen.

■ Image-Pflege anstatt Barrierefreiheit

Anstatt Barrierefreiheit in allen Einrichtungen des Studentenwerks zu gewährleisten, wurden 400.000 Euro in die Renovierung der Cafeteria investiert, die im September 2010 als Kaffeebar „Ins Grüne“ eröffnet wurde. Die Nordmensa hat jedoch keinen Aufzug, der für alle Menschen mit Einschränkungen frei nutzbar ist, obwohl sich die Essensausgabe im ersten Stock des Gebäudes befindet. Menschen im Rollstuhl oder anders gehbehinderte Menschen müssen sich an MitarbeiterInnen des Studentenwerks wenden und werden dann mit einem Lastenaufzug nach oben gebracht. Allerdings gibt es keine automatisch-öffnenden Türen, sodass diese Menschen darauf angewiesen sind, dass

sie Hilfe von BegleiterInnen erhalten. Familien die ihre Kinder im Kinderwagen mit in die Mensa nehmen möchten, dürfen diesen Lastenaufzug erst gar nicht nutzen. Menschen mit Behinderung und Familien werden dadurch diskriminiert und auch finanziell benachteiligt. Denn als Alternative bleiben ihnen nur die im Norden befindlichen Cafeterien mit deutlich weniger erschwinglichen Preisen und geringerem Angebot. Seine Priorität macht das Studentenwerk in einer

Pressemitteilung zu „Ins Grüne“ deutlich: Das Studentenwerk spiele einmal mehr den Vorreiter, denn die Cafeteria sei die erste dieser Art.

Die Belange der Studierenden werden damit hinter den Prestigegewinn des Studentenwerks gestellt. Unverständlich angesichts der Tatsache, dass das Studentenwerk auch Vorbild in der Umsetzung von Barrierefreiheit sein könnte. Die aktuellen Entwicklungen



beim Studentenwerk sind nicht nachvollziehbar und gehen an den Bedürfnissen der Studierenden vorbei. Die Juso-HSG fordert das Studentenwerk auf, Barrierefreiheit in allen Mensen zu schaffen und einen neuen Kurs einzuschlagen, bei dem die Bedürfnisse der Studierenden wieder oberste Priorität haben! Unser Vertreter im Vorstand des Studentenwerks wird auch weiterhin im Namen der Studierenden für mehr Gerechtigkeit eintreten.

Studentische Hilfskräfte an der Uni Oder: Gleicher Job, weniger Rechte

Studentische Hilfskräfte (SHKs) gibt es an der Uni Göttingen viele. Und die Vorteile eines Daseins als SHK sind nicht von der Hand zu weisen. Man kann sich neben dem Studium etwas dazuverdienen, die Wege von der Uni zum Arbeitsplatz sind kurz und es wird – so man denn an eine entsprechende Stelle gelangt ist – ein Einstieg in die Bereiche Lehre und Forschung geboten.

■ Weniger Geld für gleiche Arbeit

Doch wie es um die SHKs dann bestellt ist, wissen häufig nur diejenigen, die selbst als solche beschäftigt sind. Zwar scheint ein Stundenlohn von derzeit 8,32 Euro in Niedersachsen ein lukrativer Nebenverdienst zu sein, doch der Schein trügt. Schon 2002 urteilte der Europäische Gerichtshof, dass es für gleiche Arbeit gleiches Geld geben müsse. Wenn nun Bachelor-AbsolventInnen aber gut 10 Euro verdienen und im Zweifelsfall die selben Aufgaben erledigen wie Studierende ohne Abschluss, dann ist dies eine Widersetzung gegen ebendieses Urteil. Und das ist nur die Spitze des Eisberges.

■ ArbeitnehmerInnenrechte ausgehöhlt

Neben dieser im Vergleich zu den übrigen Beschäftigten Unterbezahlung werden auch die elementare Rechte der SHKs an der Universität untergraben. So ist die Umgehung des Kündigungsschutzes durch befristete

Arbeitsverträge gängige Praxis. Sie sind häufig auf ein Jahr, teilweise auch auf noch kürzere Zeit angelegt und ermöglichen es der Universität als Arbeitgeberin, kurzfristige Veränderungen vorzunehmen. Die Perspektivlosigkeit der Studierenden wird hierbei außer Acht gelassen. Es besteht keine Sicherheit, dass der Job auch über zwei Semester hinaus ausgeübt werden kann, wodurch Verunsicherung auf der einen und Leistungsdruck auf der anderen Seite entstehen. Denn wer hat schon die Zeit und die Energie, seinen Vertrag auslaufen zu lassen und sich ständig eine neue Nebentätigkeit zu suchen? Auch die betriebliche Mitbestimmung für SHKs ist in keiner Weise gewährleistet. Bei Personalratswahlen haben sie weder das aktive noch das passive Wahlrecht – dabei machen sie einen Großteil der Beschäftigten aus.

■ Tarifverträge: Nicht für SHKs

Tarifliche Regelungen, wie sie für alle anderen Beschäftigten der Universität bestehen, gelten nicht für Studentische Hilfskräfte. So sind sie auf das Wohlwollen der Landesregierung angewiesen, ihre Löhne zu erhöhen. Als positive Ausnahme hierbei ist Berlin zu nennen, wo seit 1979 ein Tarifvertrag zwischen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie den ArbeitgeberInnen für Studentische Hilfskräfte geschlossen wird. So kann Berlin mit 10,98 Euro auch den höchsten

Stundenlohn für studentische Beschäftigte vorweisen. Doch auch dieser steht mit Verweis auf niedrigere Löhne in anderen Bundesländern immer wieder zur Disposition. Eine tarifliche Regelung an allen Hochschulstandorten muss deshalb das Ziel sein!

■ Auch Wissenschaftliche Hilfskräfte keine Top-Verdienenden

Vor ähnlichen Problemen stehen die Wissenschaftlichen Hilfskräfte, also diejenigen mit akademischer Ausbildung. Der vermutete „Traumjob Wissenschaft“ erweist sich häufig als Seifenblase. Auch hier herrschen prekäre Beschäftigungsverhältnisse und eine chronische Unterbezahlung. Dies ist derzeitiger Dauerzustand, den es nicht länger hinzunehmen gilt!

■ Templiner Manifest unterstützen!

Alle oben aufgezeigten Missstände sind inakzeptabel und untragbar. Deswegen hat die GEW im Templiner Manifest zehn Forderungen für Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen für universitäre Hilfskräfte formuliert. Als Erstunterzeichnerinnen unterstützen die Juso-Hochschulgruppen nicht nur in Göttingen, sondern bundesweit diese Forderungen. Wir rufen dazu auf, sich im Kampf für die Umsetzung dieser Ziele einzusetzen!

Weitere Informationen unter: www.templiner-manifest.de

Kein Durchkommen für Nazis

Europas größter Naziaufmarsch erfolgreich blockiert

Alljährlich im Februar versuchen neofaschistische Menschen in Dresden Europas größten Naziaufmarsch durchzuführen und geben vor in dessen Rahmen der Opfer der Bombardierung Dresdens im Jahr 1945 zu gedenken. Dass Deutschland im Zweiten Weltkrieg nicht Urheber sondern unschuldiges Opfer gewesen sein soll, ist ein für die meisten Menschen unverständliches Denken, welches die Nazis in Dresden aufbauschen.

Jedoch wurden auch dieses Jahr die Nazis am Marschieren gehindert und zwar durch bundes- und auch europaweite Mobilisierungen zum friedlichen Blockieren. Auch aus Göttingen sind am 19. Februar drei Busse vom „Aktionsbündnis Naziaufmärsche stoppen“ nach Dresden gefahren. Und auch dieses Mal waren wieder Menschen der Juso-Hochschulgruppe mit

dabei. Dass es dieses Jahr heftiger werden würde, zeigte sich bereits kurz nach der Ankunft. Das Großaufgebot der Polizei schien für alles gewappnet zu sein und Spannung lag in der Luft.

„Alles in allem war es ein für uns erfolgreicher Tag, allerdings sollte man nicht übersehen, dass radikal gegen friedlich demonstrierende Menschen von Seiten der Polizei vorgegangen wurde und hierbei auch aus unseren eigenen Reihen Leute etwas abbekommen haben. Das Vorgehen war extrem erschreckend!“, schilderte einer der mitgefahrenen Menschen im Nachhinein.

Leider wurden die friedlichen Demonstrationen von schweren Ausschreitungen im Süd-Osten der Stadt überschattet, die aber keinesfalls ein ruppiges

Vorgehen gegen friedlich Demonstrierende rechtfertigt.

In Funk und Print waren erneut schwerpunktmäßig die Ausschreitungen Fokus der Berichterstattung. Das mehrere Tausend Menschen friedlich demonstrierten, wurde vernachlässigt. Die Juso-HSG spricht sich eindeutig für ein friedliches Blockieren aus. Mit dem Verweis auf das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit hatte das Dresdner Verwaltungsgericht erklärt, die Polizei hätte im vergangenen Jahr „geeignete polizeiliche Mittel“ einsetzen müssen, um den Aufmarsch der Rechten zu ermöglichen. Daher ging die Polizei offensichtlich „robuster“ als letztes Jahr gegen friedlich blockierende Demonstranten vor.

“
Wessen Straße ist die Straße,
wessen Welt ist die Welt?”

Bertolt Brecht

Atomkraft—Nein Danke!

„Japan hat alles verändert“. Diese Aussage klingt bizarr und wird als Ausrede, Begründung oder Mahnung in diversen Diskussionen verwendet. Es gibt vielerorts Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen; Bevölkerung und Politik sind zunehmend polarisiert. Zumeist besteht diese Polarisierung in der eindeutigen Ablehnung von Atomkraft, denn die gewaltigen Gefahren dieser Technologie sind durch die Reaktorkatastrophe in Fukushima in Japan der Weltbevölkerung vor Augen geführt worden. Und nun stellt sich „plötzlich“ die Frage, ob wir hier, weit weg von dem eigentlichen Geschehen, unser Leben jetzt auch umstellen müssen. Die Bundesregierung setzt binnen Minuten Gesetze außer Kraft und die Bevölkerung ist alarmierter denn je. Dennoch darf man nicht übersehen, dass es seit Jahrzehnten Menschen gibt, die gegen Atomkraft mobilisieren und kämpfen. Diese Menschen finden nun ein größeres Gehör und das ist auch richtig so. Aber sie

wissen auch schon seit langer Zeit, dass es immer ein Restrisiko geben wird, was von anderen sonst gern übersehen oder heruntergespielt wurde. Ist nicht von einer Bundeskanzlerin, die selbst Physik studiert hat, mehr zu erwarten als den Ausstieg aus der Atomkraft auszusetzen? Ist nicht auch mehr zu erwarten, als ein dreimonatiges Moratorium, bei dem Kernenergie-Experten selbst sagen, dass sie allein drei Monate nur zur genauen Überprüfung der Sicherheit eines einzigen AKWs brauchen würden?

Gerade in solchen Situationen ist es wichtig, dass auch die Bevölkerung sich zu Wort meldet, um die Chance zu haben, dass darauf eingegangen wird. Am 26. März ist nach Hamburg, Berlin, Köln und München mobilisiert worden und laut VeranstalterInnen haben an den Großdemos dort insgesamt mehr als eine Viertel Million Menschen teilgenommen. In der Woche zuvor fand hier in Göttingen eine Demonstration statt,

bei der etwa 800 Menschen ihr Missfallen an der Atomkraft kundgetan haben. So muss es weitergehen, damit dieses Thema nicht wieder unter den Tisch fällt! Jeden Montag um 18 Uhr finden weiterhin in Göttingen Mahnwachen am Gänseliesel statt.

1979 hat in Harrisburg, Pennsylvania, USA eine partielle Kernschmelze stattgefunden. Vor ziemlich genau 25 Jahren am 26. April 1986 war die Tragödie in Tschernobyl und nun 2011 die nukleare Katastrophe in Japan, bei der die japanische Bevölkerung bislang im Unklaren über die möglichen gesundheitsschädigenden Wirkungen gelassen wird. Diese Informationspolitik schürt die Angst weltweit, denn keiner kann die Folgen genau abschätzen. Wir wollen nirgendwo auf der Welt ein weiteres Unglück derart! Dies bedeutet eine konsequente Förderung von erneuerbaren Energien und keine faulen Ausreden der Politik! Atomkraft abschalten, jetzt!